

4. Anerkennung des Staates Palästina

Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser: innen ist ein zentraler Bestandteil einer langfristigen Friedenslösung:

Frage: *Werden Sie sich im Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland den Staat Palästina offiziell anerkennt, um einen Beitrag zu einer nachhaltigen Lösung der Unterdrückung der Palästinenser: innen zu leisten?*

Rosa Buss, B90/Grüne:

Ein palästinensischer Staat im Sinne der Zweistaatenlösung muss das Ziel deutscher Außenpolitik sein. Die Anerkennung Palästinas als Staat sollte nicht als isolierte Maßnahme, sondern als notwendigen Teil eines umfassenden Friedensprozesses geschehen. In diesem Sinne lässt es sich nicht verantworten, vorschnell einen Staat zu schaffen, der unter Kontrolle der Hamas steht. Israel muss dem palästinensischen Volk die Konditionen bieten, damit die Anerkennung als Staat nicht nur ein inhaltsleeres Lippenbekenntnis oder ein Gewinn für die Hamas wäre, sondern der Anfang für eine friedliche Nachbarschaft.

Mera25:

Kurzfristig streben wir eine Anerkennung des Staates Palästina an, um dem palästinensischen Volk größeren diplomatischen und ökonomischen Spielraum zu gewährleisten. Langfristig halten wir das allerdings nicht für eine sinnvolle Lösung, da durch den Siedlungsbau das, was zu einem Staat Palästina gehören würde, derart desintegriert ist, dass eine Zwei-Staaten Lösung zu einem nicht lebensfähigen palästinensischen Staat führen würde, der einer Reihe lose verbundener Bantustans ähnelt, während die in Israel lebenden Palästinenser*Innen weiterhin Bürger*Innen zweiter Klasse eines jüdischen Staates blieben oder gewaltsam vertrieben werden würden.

Deshalb unterstützt MERA25 die Schaffung eines einzigen, demokratischen und säkularen Staates im historischen Palästina, welches eine Heimat für alle Jüd*Innen und Palästinenser*Innen darstellt, ein Rückkehrrecht für alle nach 1948 Vertriebenen und ihren Nachkommen festhält und über eine demokratische, diskriminierungsfreie Verfassung, die gemeinsam von Jüd*Innen und Palästinenser*Innen verfasst wurde, verfügt.

Jessica Tatti, BSW:

Das BSW im Bundestag setzt sich für die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt ein. Wir verurteilen alle Pläne der Annexion und der ethnischen Säuberung des Gazastreifens und des Westjordanlandes durch Israel und die US-Administration. Eine Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir fordern die Bundesregierung

aus SPD und Grünen auf, gegen diese Verbrechen öffentlich Stellung zu beziehen und die in Teilen rechtsextreme Regierung Netanyahu nicht weiter zu unterstützen.

Lina Seitzl, SPD:

Wir haben in den letzten Jahren leider einen Rückgang an Staatlichkeit in den palästinensischen Gebieten beobachten müssen durch Korruption, durch verschobene Wahlen und eine verschlechterte Menschenrechtslage. Eine Anerkennung Palästinas zum jetzigen Zeitpunkt wäre daher verfrüht und würde nicht helfen. Denn sie verändert nicht die Realität vor Ort. Klar ist aber auch, dass die Anerkennung eines palästinensischen Staates kein Tabu sein darf. Eine Anerkennung belohnt nicht die Terroristen, sondern stärkt im Gegenteil die Kräfte, die sich für den Frieden einsetzen.

Um aus der Spirale der Gewalt auszusteigen, braucht es zwei Dinge. Zum einen sehr schnell eine Feuerpause zur Freilassung der Geiseln und zur humanitären Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza. Zum anderen ein politisches Angebot, das Sicherheit und Klarheit für beide Seiten schafft und nicht zum wiederholten Male auf einen Friedensprozess mit unklarer zeitlicher Perspektive verweist. Dazu sollte die Normalisierung der Beziehungen Israels zu den arabischen Staaten gehören, aber eben auch die Anerkennung eines Staates Palästina. Selbstverständlich müssen die endgültigen Grenzen in Verhandlungen geklärt werden, aber es sollte von allen Parteien anerkannt werden, dass es zwei Staaten gibt, die diese Endstatusfragen lösen: den Staat Israel und einen Staat Palästina. Ein Verweigern der Zwei-Staaten-Lösung, wie von Premierminister Netanyahu in der Vergangenheit, hat nur die radikalen Kräfte gestärkt.

Lars Hoffmann, Die Linke:

Ja. Es ist ja absurd, wie oft in diesem Konflikt auf das Existenzrecht Israels verwiesen wird, während es gleichzeitig die Palästinenser*innen sind, deren Staat die rechtliche Existenz seit Dekaden vorenthalten wird. Dabei ist es nur eine Minderheit – leider eben sehr einflussreicher Staaten – die gegen diesen Schritt votieren. Damit blockieren sie zugleich die gleichberechtigte Teilhabe der Palästinenser*innen an internationalen Organisationen (Sonderstatus, Beobachterstatus etc.), schwächen deren internationale Rechtsstellung und tragen so dazu bei, dass die Konfliktlösung – gerade auch im Sinne einer Zweistaatenlösung – behindert statt befördert wird. Kurzum setzen wir uns als Linke dafür ein, Palästina in den Grenzen von 1967 anzuerkennen. Um den Gesamtkonflikt zu entschärfen, fordern wir zudem von der Regierung, Druck auf die Staaten der Region auszuüben, den Staat Israel anzuerkennen. Nur so kann es zu einer dauerhaften Deeskalation kommen, was die erste Stufe einer friedlichen Koexistenz darstellt.

MLPD:

Die MLPD sieht die Perspektive für das israelische und das palästinensische Volk in einem gemeinsamen demokratischen Staat, in dem Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und Vertrauen, ohne Diskriminierung herrschen. In der Konsequenz kann das heute nur ein sozialistischer Staat sein. Ein Übergangsstadium könnte in einer 2-Staaten-Lösung bestehen, die auch nur im Kampf gegen Imperialismus, Rassismus, Antisemitismus, Zionismus und Antikommunismus errungen werden kann. In diesem setzen wir uns für die Anerkennung Palästinas als Staat an.